

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Band: - (2009)
Heft: 1: Was läuft falsch beim Klimaschutz?
Artikel: Einfach die CO2-Reduktion von Nord nach Süd verlagern?
Autor: Piller, Bernhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586006>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einfach die CO₂-Reduktion von Nord nach Süd verlagern?

Die Uno-Klimakonferenz jüngst im Dezember 2008 in Posen hat vor allem eines gezeigt: Es ist nicht absehbar, dass sich die internationale Staatengemeinschaft auf ein nur annähernd hinreichendes Treibhausgas-Reduktionsziel einigen wird. Ursprünglich sollten inländische Reduktionsmassnahmen vor CO₂-Zertifikaten Vorrang haben. Das Mass aller Dinge scheint inzwischen nur noch der CO₂-Emissionshandel zu sein.



Von **BERNHARD PILLER**
Mitglied SES-Geschäftsleitung
bernhard.pillar@energiestiftung.ch

Im Rahmen des Kyoto-Abkommens gibt es sogenannte flexible Mechanismen, wozu auch das Instrument des CDM («Clean Development Mechanism») gehört. Die flexiblen Mechanismen sollten eigentlich nur als Ergänzung zu inländischen Emissionsreduktionen dienen. Technologie-

basierte und marktgesteuerte Mechanismen scheinen nun aber zunehmend das Instrument der Wahl zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zu werden. Sprich: Diejenigen Marktkräfte, welche das Klimaproblem verursacht haben, sollen dieses auch gleich selber lösen. Emissionshandel bzw. CDM heisst die Lösung. Der CDM sollte eigentlich eine nachhaltige saubere Entwicklung in den Entwicklungsländern fördern. Tatsächlich lassen sich jedoch unliebsame Reduktionsmassnahmen einfach von Nord nach Süd verlagern. Nicht zu Hause soll angefangen werden, sondern da wo es möglichst wenig kostet. Dass diese Strategie längerfristig auch ökonomisch nicht aufgeht, sondern in der Zukunft nur noch Mehrkosten generieren wird, begreifen die Kyoto-TechnokratInnen nicht.

Der CDM wirkt strukturerhaltend, weil er statt in den konsequenten Aufbau von dezentraler erneuerbarer Versorgungssysteme grossmehrheitlich auch wieder in Grosstechnologie investiert: Grosse Staudammprojekte, Aufforstungsprojekte in Form von Monokulturen oder in die Förderung genetisch veränderter Reissorten, die weniger klimaschädliche Stickstoffdünger benötigen.

Keine realen Emissionsreduktionen

Keine guten Voraussetzungen für die dringend notwendigen scharfen Reduktionsziele, welche in einem Post-Kyoto-Abkommen zwingend sind. Allen Ankündigungen zum Trotz zeigt sich zudem, dass die weltweiten CO₂-Emissionen der Annex-I-Staaten¹

nicht um die angestrebten 5,2% gesenkt werden können. Ganz im Gegenteil: In den OECD-Staaten sind die CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2006 um 15,85% gestiegen. Unter Einbezug der ehemaligen Ostblockstaaten sind in der gesamten Gruppe der Annex-I-Staaten die Emissionen immer noch um 3,3% gestiegen. Der aus dem Zusammenbruch der Industrieproduktion nach der Wende 1989 resultierte Rückgang der Emissionen in den ehemaligen Ostblockstaaten beginnt sich wieder aufzulösen. Seit zirka dem Jahr 2000 wächst auch der CO₂-Ausstoss in diesen Ländern wieder deutlich.

Zwingende Priorisierung der Inlandmassnahmen

Die Schweiz ist in hohem Masse von fossilen Energien abhängig. Öl und Gas werden immer knapper und teurer. Also ist ein kompletter struktureller Umbau der Energieversorgung innerhalb von vier Jahrzehnten so oder so notwendig. 40 Jahre sind nicht viel Zeit. Wenn die Schweiz jetzt vor allem auf Emissionsreduktionen im Ausland setzt, verharrt sie in fataler Abhängigkeit von zu Ende gehenden Energieträgern. Dabei geht wertvolle Zeit verloren. Je länger wir mit dem Umbau warten, desto stärker leidet in Zukunft auch die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.²

Unrealistisches SECO

Die beiden vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickten Varianten für das CO₂-Nachfolgegesetz³ repräsentieren gut die beiden unterschiedlichen Wege. Die BAFU-Variante schlägt eine 15%ige Treibhausgas-Reduktion im Inland und weitere 5% mittels Emissionshandel vor, die SECO-Variante setzt hingegen voll auf Emissionsreduktion im Ausland. Ungenügend sind beide. Bei der SECO-Variante handelt es sich aber um ein völlig unbrauchbares und unrealistisches Konzept, welches zwei unauflösbare Haken beinhaltet. Erstens: Man stelle sich vor, alle OECD-Staaten würden diese Strategie verfolgen! Eine Absurdität sondergleichen, da gut 55% der weltweiten Treibhaus-Emissionen heute von den Annex-I-Ländern stammen, also



Wir können uns keine solchen einförmigen Bleichlandschaften mehr leisten – unsere Polkappen schmelzen.

den Staaten, die laut Kyoto-Protokoll zur Nutzung der flexiblen Mechanismen berechtigt sind. Wollten aber alle die Klimaziele mittels Zertifikatebeschaffung erreichen, würde nicht einmal das Gesamtvolumen der Treibhausgas-Emissionen der Nicht-Annex-Staaten hierfür ausreichen. Zweitens: Die Loslösung von den fossilen Energieträgern muss erfolgen, solange dieser Strukturwandel volkswirtschaftlich noch verträglich umsetzbar ist. Je länger wir mit dem Umbau der Energieversorgung auf eine postfossile Versorgung zuwarten, umso härter wird uns die Energiekrise treffen.

Es braucht ein Sowohl-als-auch

Neueste Forschungsergebnisse zeigen, dass eine schwerwiegende Störung des Klimasystems nicht erst bei einer Erhöhung der globalen Erddurchschnittstemperatur von 2 Grad Celsius, sondern bereits bei plus 1,5 Grad Celsius eintreten kann. Der IPCC-Bericht zeigt auf, dass die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen zwingend bis 2020 um 25–40% und bis 2050 um 80–95% reduzieren müssen. Die Schweiz hat eine äusserst treibstoffintensive Fahrzeugflotte und einen vorwiegend ölbeheizten und damit CO₂-intensiven Gebäudebestand. Deshalb muss sich die Schweiz ein Reduktionsziel von minus 40% bis 2020 setzen. Das entspricht auch der Forderung der Klima-Allianz, in der 54 Organisationen und Parteien vertreten sind. Zu den Massnahmen im Inland muss die Schweiz auch Reduktionsbeiträge in gleicher Höhe im Ausland ergreifen. Dies, um die grauen Emissionen zu «kompensieren». Die Schweiz verursacht nämlich durch den Konsumgüter-Import je nach Berechnungsweise zusätzliche 40 bis 60 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Also nochmals so viel, wie im Inland ausgestossen wird.

Weltwirtschaftskrise

Bis anhin konnte keine Entkopplung von Wirtschaftsentwicklung und Energieverbrauch herbeigeführt werden. Die seit 1990 punktuell erzielten CO₂-Reduktionen in Industrieländern wurden grösstenteils nicht durch politische Lenkungsmaßnahmen oder Effizienzgewinne erzielt, sondern sozusagen unabsichtlich, weil die Industrien der ehemaligen Ostblockstaaten und auch Grossbritanniens zusammengebrochen sind. Ein gutes Beispiel hierfür ist die BRD, die ihre 15%ige Reduktion bis 2005 in erster Linie wegen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Ex-DDR erzielte. Es braucht keine hellseherische Fähigkeiten, um vorherzusagen, dass der weltweite CO₂-Ausstoss im Jahr 2009 stagnieren oder gar sinken wird. In den Industriestaaten gab es immer nur während einer Rezession einen Nachfragerückgang an Energie. Ob dieser nun anstehende Minderkonsum nachhaltig ist, ist zu bezweifeln. Eher ist zu befürchten, dass ein kurzzeitiger Nachfragerückgang vor allem beim Erdöl, den Peak Oil vergessen lässt, und uns dieser in der nachfolgenden Aufschwungphase umso härter treffen wird.

- 1 Als Annex-I-Staaten gelten alle OECD-Staaten plus die Staaten des ehemaligen Warschauerpakts
- 2 Zum ökonomischen Nutzen von Inlandmassnahmen vgl. Artikel von Linda Rosenkranz, S. 14/15
- 3 vgl. Kasten im Artikel von Marcel Hänggi, S. 5